

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Dr. Max Stadler, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/677 –

Verhaltenskodex für ausscheidende Regierungsmitglieder

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Dr. Gesine Lötzsch und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/846 –

Gesetzliche Regelung für frühere Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretäre zur Untersagung von Tätigkeiten in der Privatwirtschaft, die mit ihrer ehemaligen Tätigkeit für die Bundesregierung im Zusammenhang stehen

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Jerzy Montag, Silke Stokar von Neuforn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/948 –

Berufstätigkeit von ausgeschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung regeln

A. Problem

Die Anträge behandeln die Frage, inwieweit eine Beschränkung der beruflichen Tätigkeit von ausgeschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären geboten ist, wenn diese unmittelbar oder kurze Zeit nach Beendigung ihrer Amtszeit in einem Bereich tätig werden, der im Zusammenhang mit ihrer früheren dienstlichen Tätigkeit steht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will die Bundesregierung allgemein auffordern, eine gesetzliche Regelung oder einen Ehrenkodex vorzulegen, um das Ansehen staatlichen Handelns und das Vertrauen der Allgemeinheit in dessen Integrität zu gewährleisten. Die Fraktion der FDP möchte erreichen, dass durch Gesetz ein Verhaltenskodex geschaffen wird, der ausscheidende Regierungsmitglieder oder

Parlamentarische Staatssekretäre, die innerhalb von zwei Jahren die Aufnahme einer Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes beabsichtigen, die im Zusammenhang mit der früheren dienstlichen Tätigkeit steht, verpflichtet, die Bundesregierung rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen. Die Bundesregierung soll dann – nach einer Prüfung der Art der geplanten Tätigkeit – die Möglichkeit haben, dem Betreffenden die Beschäftigung zu untersagen, wenn eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen droht. Weitergehend fordert die Fraktion DIE LINKE. eine gesetzliche Regelung, die es früheren Mitgliedern der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretären untersagt, in den ersten fünf Jahren nach dem Ausscheiden eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft aufzunehmen, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in Regierungsverantwortung steht.

B. Lösung

- 1. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/677 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/846 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 3. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/948 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

C. Alternativen

Annahme der Anträge auf Drucksachen 16/677, 16/846 bzw. 16/948.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/677 abzulehnen,

den Antrag auf Drucksache 16/846 abzulehnen,

den Antrag auf Drucksache 16/948 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Helmut Brandt
Berichterstatter

Siegmond Ehrmann
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Helmut Brandt, Siegmund Ehrmann, Dr. Max Stadler, Petra Pau und Silke Stokar von Neuforn

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/677**, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/846** sowie der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/948** wurden in der 35. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Mai 2006 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Zu Drucksache 16/677

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**, der **Rechtsausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** haben in ihren Sitzungen am 1. Juli 2009 jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Drucksache 16/846

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**, der **Rechtsausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** haben in ihren Sitzungen am 1. Juli 2009 jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Zu Drucksache 16/948

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung**, der **Rechtsausschuss** und der **Ausschuss**

für Wirtschaft und Technologie haben in ihren Sitzungen am 1. Juli 2009 jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat in seiner 57. Sitzung am 16. Januar 2008 beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu dem Thema „Transparenz“ durchzuführen. Gegenstand der Anhörung waren auch die Drucksachen 16/677, 16/846 und 16/948. Die öffentliche Anhörung, an der sich sieben Sachverständige beteiligt haben, hat der Innenausschuss in seiner 99. Sitzung am 15. Juni 2009 durchgeführt. Hinsichtlich des Ergebnisses wird auf das Protokoll 16/99 hingewiesen.

Der **Innenausschuss** hat die Anträge auf Drucksachen 16/677, 16/846 und 16/948 in seiner 102. Sitzung abschließend beraten.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/677 abzulehnen.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/846 abzulehnen.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE., den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/948 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Helmut Brandt
Berichtersteller

Siegmund Ehrmann
Berichtersteller

Dr. Max Stadler
Berichtersteller

Petra Pau
Berichterstellerin

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstellerin